





auf dem Schauplatz der Geschichte, unscheinbar und unbe-  
merkt; aber nicht lange währte es, so gehorchte ihnen der  
Erdbkreis. Menschlich ergreifend wird uns der Kampf eines  
Volkes um seine Selbstständigkeit immer erscheinen; begeisternd  
und von ewigem Rechte getragen nur dann, wenn sie mehr  
vertheidigen, als sich selbst — wenn zugleich ein weltgeschicht-  
licher Gedanke in ihnen geschützt wird. So standen die Grie-  
chen gegen die Perser, so die Germanen gegen die Römer.

Zwar sind in der Geschichte noch unzählige Kriege ge-  
kämpft worden, deren Anlaß nichts war, als die Wildheit  
eines ganzen Volkes oder die Leidenschaft Einzelner. Aber  
diese Kämpfe bieten kein menschliches, kein politisches Inter-  
esse. Der Geist der neuen Geschichte duldet nur noch den  
Kampf der Idee gegen die Idee, nicht mehr den der Selbst-  
sucht gegen die Selbstsucht. — Wir mögen die Anwendung  
dieser Wahrheit auf unsere Verhältnisse hier nicht weiter aus-  
führen. Aber wir wissen, welche Ideen jetzt die Menschheit  
bewegen. Wir Deutsche lieben unser Vaterland, weil es ein  
Tempel der Freiheit geworden und weil unser Volk sich den  
Problemen der Zukunft geweiht hat — in geistiger theoretischer  
Arbeit schon lange, im praktischen Thun erst seit Kur-  
zem. — Wir kämpfen hier in der Provinz den Kampf ge-  
gen ein anderes Volksthum. Steht auch dieses für die wahre  
Freiheit, wie sie jetzt in Europa erblüht, so sei dieser Kampf  
uns gesegnet, mag er auch tausend Opfer verlangen; Polen  
wird wieder erstehen und eintreten als organisches Glied in  
den Bund der europäischen Völker. Will aber diese Nation  
nur sich erhalten und verläugnet sie dabei die großen Ideen  
unserer Tage — will sie nur das Land wieder gewinnen,  
das einst ihre Heimath gewesen, gilt ihr das Vaterland  
mehr als die Freiheit, dann ist ihr Untergang entschie-  
den. Welches von beiden ihr Loos sei, daß wird die Zu-  
kunft offenbaren; ist diese der Gegenwart und Vergangenheit  
gleich, so bedarf es einer Entscheidung nicht mehr.

Wendt jun.

### Die Wahlen in der Stadt

sind wie schon erörtert und wie zu erwarten stand, ungestört  
und mit bestem Erfolg vollzogen worden. Vielleicht ist es  
jedoch nicht uninteressant, aus folgender Zusammenstellung zu  
entnehmen, in welchem Zahlverhältnisse die freilich mit gro-  
ßen Unrichtigkeiten verzeichneten Urwähler beider Nationalitä-  
ten zu einander stehen, und wie groß die Zahl der ausgeblie-  
benen und am Erscheinen verhinderten sei.

Bezirk.	Zahl der Wähler.	Gestimmt haben	Zahl der abwesenden deutschen Wähler.	Zahl der ausgebliebenen polnischen Wähler.
I.	546.	253.	163.	130.
II.	443.	169.	78.	196.
III.	421.	184.	90.	147.
IV.	339.	130.	49.	160.
V.	479.	212.	70.	197.
VI.	450.	185.	105.	160.
VII.	369.	180.	76.	113.
VIII.	593.	321.	104.	168.
IX.	626.	333.	188.	105.
X.	555.	241.	146.	168.
XI.	488.	293.	82.	113.
XII.	395.	277.	49.	69.
XIII.	328.	261.	43.	24.
XIV.	403.	239.	55.	109.
XV.	249.	168.	42.	39.
XVI.	249.	121.	29.	99.
XVII.	558.	154.	77.	327.
XVIII.	406.	121.	51.	231.
XIX.	389.	82.	31.	276.
Summa	8286.	3924.	1531.	2831.
		5455.		

Daß die deutschen Urwähler in so großer Anzahl nicht er-  
schienen, findet seine Erklärung darin, daß mit den abwesen-  
den Landwehr-Bataillonen, zu denen der Mehrzahl nach eben  
die Deutschen sich gestellt hatten, die Landwehrmänner, mit den  
abwesenden Linientruppen hiesiger Garnison auch die wieder-  
um vorwiegend deutschen Reservisten und Capitulanten der  
Wahl entzogen wurden, der Offiziere und Unteroffiziere nicht  
zu gedenken. Mannigfache Anfragen deuten darauf hin, daß  
auch eine Anzahl indifferenter Deutschen ausgeblieben  
sind. Männer, denen die heilige Pflicht oblag, ihren Mit-  
bürgern mit Regsamkeit voranzugehen. So ist auch bei-  
spielsweise die Anfrage an uns ergangen, warum folgende  
Königliche Beamte: die Professoren des königlichen Marien-  
Gymnasiums, Herren Wannoński (ein Deutscher) und Zi-  
gurski, der Kriminal-Rath Thiel, der königliche Sekretair  
Falkowski, und andere im zehnten Bezirk sich der Wahl-  
geschäfts enthalten haben.

### Die Wahlen auf dem platten Lande

sind nicht so friedlich und frei vollzogen worden. Es waren  
schon vor dem 1. Mai vielfache Beschwerden deutscher Seite



eingelaufen. Ueberall, wo das Land von bewaffneten Insurgenten überschwemmt war, hatten die Deutschen entweder von der Wahl absehen oder den ungeselichsten Zwang dulden müssen. Ja es waren aus Städten, wo in einzelnen Bezirken die deutsche Bevölkerung überwog, die deutschen Urwähler zu 60—70 an der Zahl geflüchtet, weil ihnen das Furchterlichte bevorstand. Den größten Einfluß übte bei der über den eigentlichen Zweck des Wahlsacts meist unklaren Landbevölkerung die katholische Geistlichkeit. Sie hat am Charfreitag unter Erklärung, daß die Wahl eines Mannes, der nicht in ihrem Sinne sei, Verrath an Religion und Vaterland heiße, die Bauern feierlichst verpflichtet, keinen anderen Wahlmann, als den von ihr vorgeschriebenen zu wählen. Dadurch sind in vielen Dörfern die Bauern irre geworden. Wo sich die treueste Anhänglichkeit an Preußens König und unsere Verfassung zuvor kund gegeben, da brachte diese Machination Unruhe und Mißtrauen hervor, durch die Wahl eines preussisch Gesinnten glaubte man seine polnische Nationalität verlieren und deutsch, d. h. nach der absichtlich so gegebenen Erklärung, evangelisch werden zu müssen. — Diese Umtriebe erstreckten sich sogar in die ganz deutschen Kreise, wo durch die Erklärung — durch den Beitritt zu Deutschland sei der Katholizismus (sic! sic!) gefährdet, die katholische Bevölkerung zum Mißtrauen gegen die deutsche aufgeregt wurde.

Bei den Wahlen selbst sind an vielen Stellen Gewaltthaten verübt worden, worüber zu seine Zeit berichtet werden wird.

### Konstitutioneller Klubb.

(Sitzung vom 4. Mai.)

Die beiden Sprecher, Hr. Neumann und Seger sind abwesend; statt ihrer übernimmt auf den Wunsch der Versammlung Herr Wendt sen. das Amt des Vorsitzenden. Hr. v. Crousz verliest das Protokoll der letzten Sitzung. Der Gegenstand derselben wird aufgenommen und Herr Wiebig hält den versprochenen Vortrag über die Eigenschaften, welche ein Reichstagsabgeordneter nach Berlin und Frankfurt haben solle.

Er geht von der Frage aus: welche Eigenschaften muß ein Parlamentsmitglied überhaupt haben? Hier sind in sittlicher Beziehung zunächst Integrität des Charakters nöthig, d. h. der Muth einer selbstständigen Ueberzeugung zu folgen, und Popularität, d. h. der Rückhalt in seinem vergangenen Leben, der ihm das Vertrauen des Volkes verbürgt.

In geistiger Beziehung ist vor allem eine selbstständige politische Ueberzeugung nöthig. Sein politisches Glaubensbekenntniß muß mit der Ueberzeugung des Volkes in Einklang sein.

In Beziehung auf die Fähigkeiten, die man von einem Volksvertreter verlangt, ist vor Allem Veredsamkeit nöthig, aber auch die Gewandtheit, die zu den verschiedenen Arbeiten und Vorarbeiten des Parlaments erforderlich ist.

Ein Abgeordneter in Berlin muß zunächst eine Kennt-

niß unserer bisherigen Verfassung und unserer Zustände haben, dann lokale Kenntniß, und als Abgeordneter für Posen muß er die Stellung der beiden Nationalitäten genau und im Einklange mit der Stimme des Volkes durchschauen.

Viel höhere Ansprüche noch müssen an den Abgeordneten für Frankfurt gestellt werden; er muß Deutschlands ganze Geschichte und Weltlage klar erfassen, er muß ein reiches Maaß allgemeiner Bildung besitzen. Uebrigens muß auch er lokale Kenntnisse haben und ein scharfes Urtheil über unsere nationale Stellung hier. Nur wenige werden sich finden, die einer Versammlung, wie dem deutschen Parlamente, gewachsen sein werden.

Herr Barth macht hierauf in seiner Eigenschaft als Wahlmann und Leiter einer Versammlung von Wahlmännern dem Klubb einige Mittheilungen über diese Versammlung. Es sei eine Candidatenliste entworfen und beschlossen worden, die Candidaten zur Ablegung ihres politischen Glaubensbekenntnisses einzuladen.

Hr. Wendt sen. theilt hierauf aus seinem neuesten Aufenthalt in Berlin Einiges über ähnliche Versammlungen mit, denen er beigewohnt habe. Er habe keinen erfreulichen Eindruck davon erhalten. Die dort vorgetragenen politischen Glaubensbekenntnisse seien in ihrer Unbestimmtheit größtentheils zusammengefallen, mit wenigen extremen Ausnahmen, in denen auch der Pietismus vertreten gewesen. Jedoch sei es ein erfreulicher Eindruck gewesen, daß nicht die ostentirenden Redner, sondern Männer von bekanntem Charakter zu Wahlmännern gewählt worden.

Hierauf wendet der Redner sich zu dem vorliegenden Thema. Die Wahl eines Deputirten nach Berlin sei weniger schwierig, dagegen würde die größte Vorsicht bei der Mission nach Frankfurt nothwendig sein. Die Souveränität des preussischen Staates der Souveränität der Bundesgewalt zu opfern, dagegen strebe sich das Gefühl des größten Theiles unserer Bevölkerung. Dieser Konflikt könne durch jugendlichen Enthusiasmus, der von der Einheitsidee Deutschlands fortgerissen werde, nicht gelöst werden. Es sei dazu ein Mann von höchster, klarster Besonnenheit erforderlich, der die Wünsche des intelligenten Theiles der Bevölkerung mit dem volksthümlichen Willen des mehr instinctmäßig handelnden Theiles zu vereinigen verstehe.

Herr Kries spricht über die von Herrn Wiebig für den Deputirten zu erfordernde Eigenschaft der Popularität, welche er bei unseren bisherigen Verhältnissen nicht für erforderlich hält. Nachdem Hr. Wiebig repliziert hatte, nahm der Sprecher über denselben Gegenstand das Wort. Derselbe spricht von den Schwierigkeiten, welche dem größten Theil der auf Vertrauen Anspruch habenden Männer die Erlangung einer Popularität fast unmöglich gemacht hätten. Jedoch sei die Eigenschaft der Popularität nothwendig.

Herr Heptke hält vor jeder Erörterung des vorliegenden Themas der Beantwortung der Fundamentalfrage für nothwendig:



„Was will das Volk, welches den Deputirten sendet?“ die Wahlmänner seien das Medium, durch welche das Volk seine Wünsche ausdrücke. Daher habe das Volk populäre Männer gewählt, von denen es vertraue, daß sie wiederum einen Mann zum Abgeordneten wählen würden, welcher das Vertrauen des Volkes noch in erhöhtem Grade besitze. Er spricht hierauf von den Wünschen des Volkes, namentlich in Bezug auf Besitz persönlicher Freiheit, Affiliations-Rechts, Pressfreiheit, Gleichstellung der Stände im politischen und socialen Leben u. s. w. Es sei nothwendig, daß der zu wählende Deputirte mit diesen Wünschen einverstanden sei und dieselben in der Verfassung zur Anerkennung bringen wolle. Das Volk sei aber fern von kommunistischen und republikanischen Schwärmerieen und es verlange einen konservativen, konstitutionellen Deputirten — dieses Glaubens-Bekennniß müsse der Deputirte ablegen.

Hierauf erhält Herr Vanselow das Wort. Er wollte noch einmal auf den kieselnden Punkt der Popularität zurückkommen. Die Volksfreundlichkeit sei auch unter den alten Verhältnissen zu erkennen gewesen, das Volk kenne sehr wohl seine Freunde. Es seien aber jetzt 6 bewegte Wochen hinter uns, eine Zeit, in welcher das Vertrauen des Volkes seine Männer gefunden habe.

Hierauf spricht Herr Poppe über den jetzt herrschenden Nothstand unter den Gewerbetreibenden, und legt die Frage auf welche Weise diesem Nothstande abzuhelfen sei, zur Beantwortung vor.

Der zeitige Sprecher nimmt dieses Thema auf und hält es für nothwendig, daß der zu erwählende Deputirte auch zur Lösung dieser Frage befähigt sei. Allein das Brod mache nicht allein satt, der Besitz nicht allein glücklich. Der zu erwählende Deputirte müsse ebenso zur Abwendung der geistigen Noth mitwirken, und sein Geist müsse alle Verhältnisse unseres Lebens umfassen. Daher sei nicht einseitig auf die von dem vorigen Redner angeregte Frage zu sehen.

Hierauf antwortet Hr. Kries auf den Vortrag des Hrn. Vanselow, er erläutert dabei das, was er vorher über das Erforderniß der Popularität bemerkt hat.

Hr. Viebig kommt auf den Vortrag des Hrn. Heye zurück, und macht darauf aufmerksam, wie schwierig die jetzt sich vordrängenden materiellen Fragen seien und wie wünschenswerth es wäre, wenn dieselben im Clubb nach und nach speziell zum Vortrage gebracht würden.

Hr. Wendt jun. macht darauf aufmerksam, wie die Debatte die beiden Fragen über die materiellen Wünsche des Volkes und das Erforderniß der Popularität für den zu erwählenden Deputirten vermischt habe. Derselbe äußert seine Ansicht über die Popularität namentlich in Bezug auf den bisherigen Beamtenstand.

(Einsendungen werden frankirt an die Deckersche Hofbuchdruckerei in Posen unter dem Nubro: „Konstitutionelles Blatt“ erdeten.)

Die Herren Heye und Poppe nehmen wiederum die Debatte in Betreff der gewerblichen Verhältnisse auf. Beide weisen auf die Nothwendigkeit der Erörterung dieser Verhältnisse hin und schließen sich Hrn. Viebig vollkommen an.

Herr Viebig stellt hierauf speziell den Wunsch, das Gewerbe-Polizei-Gesetz in den späteren Sitzungen namentlich zu besprechen; er seinerseits halte das Prinzip dieses Gesetzes für ein unsittliches und im höchsten Grade staatsgefährliches.

Der Sprecher weist darauf hin, wie die letzte Diskussion sich vom vorliegenden Thema entferne.

Herr Graffunder nimmt hierauf das Wort. Nachdem die Debatte über die allgemeinen Eigenschaften des zu wählenden Deputirten, welcher er mit großer Genugthuung zugehört habe, geschlossen worden, sei es an der Zeit, den durch den früheren Beschluß der Versammlung nur vertagten Antrag des Hrn. v. Croufaz aufzunehmen. Dieser Antrag gehe dahin, ein Comité zu ernennen, welches den Wahlmännern eine Liste von Kandidaten vorzulegen habe.

Herr Treppmacher spricht sich gegen diesen Antrag aus, indem er jeden Einfluß auf die Wahlmänner, zu denen er selbst gehöre, ablehnen müsse.

Herr Barth spricht sich in gleichem Sinne aus. Herr Heye unterstützt den Antrag des Hrn. v. Croufaz, da die Wahlmänner nichts dagegen haben könnten, wenn ihnen vom Clubb, von einer Versammlung des Volkes, Kandidaten bezeichnet würden.

Der zeitige Sprecher spricht sich ebenfalls für den Antrag aus, jedoch mit der Abänderung, das zu erwählende Comité solle sich mit den Wahlmännern in Verbindung setzen und ihre Kandidaten bezeichnen mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß hierdurch ihre freie Wahl in keiner Weise beschränkt würde.

Nachdem Hr. Croufaz seinen Antrag noch erläutert hatte, und Hr. Poppe sich noch gegen den Antrag ausgesprochen hatte, weil er glaube, daß die Wahlmänner sich durch den Einfluß auf ihre Wahl verletzt finden, die Maßregel also „böses Blut“ erzeugen könne, zog Hr. v. Croufaz seinen Antrag zurück, soweit er sich auf die Wahl des Abgeordneten nach Berlin bezieht.

(Schluß folgt.)